Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 47. | Samstag den 25. Februar 1928. | 86. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Die Faschingstage sind hinter uns und mit dem Aschermittwoch hat die Zeit der inneren Einkehr begonnen. Der Freudentaumel über die Fastnachtstage war in Stadt und Land sehr groß und eine Veranstaltung hatte die andere abgelöst. Maskenbälle, Kappenabende, Vereinsfeste, Karnevalsabende wechselten ständig ab. Man sah, wie die Bevölkerung das Bedürfnis hatte, einmal den Ernst des Alltags zu vergessen und richtig fröhlich zu sein. Daß der für die heutige Zeit passende Rahmen nicht zu sehr überschritten wurde, dafür sorgte schon der schmale Geldbeutel. Nun ist alles vorbei. Die harte Gegenwart fordert wieder ihr Recht und es hat den Anschein, daß die jetzt beginnende Fastenzeit nicht nur wie nach dem Kirchenkalender 40 Tage, sondern das ganze Jahr über andauern wird.

Der württembergische Landtag hat sich bis zum 13. März vertagt, um in der Zwischenzeit die verschiedenen Ausschüsse tagen zu lassen. Die Ausschußberatungen betreffen neben verschiedenen kleineren Gesetzesvorlagen in der Hauptsache die neue württembergische Besoldungsreform, um die sich in den nächsten Tagen und Wochen ein harter Kampf noch entspinnen wird. Man muß sogar mit der Möglichkeit rechnen, daß bei der gegenwärtigen Parteikonstellation die Besoldungsvorlage in Württemberg überhaupt nicht zustande kommt. Schon im Plenum des Landtags hatte der Abgeordnete Scheef erklärt, daß die Demokratie nicht zu einer Mehrheitsbildung mithelfen werde, wenn nicht der letzte Mann des Bauernbundes für die Besoldungserhöhung stimme. Der Bauernbund scheint aber nicht gewillt zu sein, geschlossen für die Besoldungsvorlage zu stimmen, sondern will die Abstimmung seinen Abgeordneten freigeben. Die ablehnende Haltung des Bauernbundes hat ihren Grund in der großen Notlage der Landwirte. Falls auch noch die Sozialdemokraten dieselbe Haltung wie die Demokraten einnehmen, so ist das Zustandekommen der Besoldungsvorlage in Württemberg ernstlich gefährdet. Viel Zweck hätte die Ablehnung allerdings nicht, nachdem das Reich mit der Besoldungserhöhung vorausgegangen ist. Hier müssen die Länder notgedrungen folgen. Und wenn dieser Landtag die Besoldungsvorlage nicht beschließt, so muß es eben der nächste Landtag nach den Wahlen tun.

Im Reich ist insofern eine Klärung eingetreten, als die Regierungsparteien sich auf ein Notprogramm geeinigt haben, das bis zum 31. März durchgeführt werden soll. Das Notprogramm betrifft zunächst die Fertigstellung des Reichsetats, ferner Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft und die Aufbesserung der Rentenbezüge. Auch die Demokraten und Sozialdemokraten haben sich bereit erklärt, der Durchführung des Notprogramms keine ernstlichen Schwierigkeiten zu bereiten. Nach Erledigung des Notprogramms Ende März oder bei seinem Scheitern sofort wird der Reichstag aufgelöst werden. Die Neuwahlen finden dann spätestens in der zweiten Hälfte des Mai statt. Reichspräsident von Hindenburg hat sich mit diesen Abmachungen der Reichsregierung mit den Parteien, sowie mit der Auflösung des Reichstags einverstanden erklärt.

In Genf ist das Sicherheitskomitee zu seiner zweiten Tagung zusammengetreten. Das Komitee hat die Aufgabe, die Sicherheits- und Abrüstungsfrage vorzuberaten. Der deutsche Delegierte, Staatssekretär Simson, legte dabei ausführlich den deutschen Standpunkt dar, wobei er als Präventivmaßnahme die Anregung gab, daß die Staaten sich verpflichten, Empfehlungen des Völkerbundsrats über die Aufrechterhaltung des militärischen Status quo zu befolgen und, falls Feindseligkeiten ausgebrochen sind, einen Waffenstillstand zur Schaffung eines neutralen Gebietes zwischen den beiderseitigen Streitkräften zu schließen. Der französische Vertreter befürwortete die weitere Abschließung regionaler Pakte nach Art des Locarnovertrages, ein Vorschlag, der bei Deutschland auf wenig Gegenliebe stieß. Die Tagung des Sicherheitskomitees soll auf jeden Fall vor der am 5. März beginnenden Völkerbundsratstagung abgeschlossen werden.

Deutschland.

Berlin, 24. Febr. Der Afghanenkönig war gestern beim Reichskanzler zu Gast, wobei der Vizekanzler nochmals die deutsch-afghanische Freundschaft betonte. Im Berliner Stadtparlament haben die Kommunisten Einspruch gegen die Ehrung des afghanischen Königs Aman Ullah erhoben.

Der Nachtragsetat.

Der Nachtragsetat für das laufende Etatsjahr, der in Höhe von etwa einer halben Milliarde Mark bereits mehrfach angekündigt worden ist, ist, wie das „Berliner Tageblatt" hört, jetzt dem Reichsrat zugeleitet. Ein Posten dieses Nachtragsetats sieht eine „einmalige Ausgabe" in Höhe von 7 Millionen Mark beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung für die Abwicklung der „Verpflichtungen betr. die Phöbus-Film-A.G." vor. Weitere Verbindlichkeiten in Höhe von 3.2 Millionen werden noch angekündigt. Im übrigen enthält der Nachtragsetat für die Gehalts- und Lohnerhöhungen, sowie die Erhöhung der Ruhegehälter und Kriegsrenten insgesamt 172 Millionen Mark. Für die Barzahlung nach dem Kriegsschädenschlußgesetz sind die bereits vielfach angekündigten 160 Millionen angesetzt; Grenzgebiete erscheinen mit 180 Millionen, die verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Hilfs- und Notstandsmaßnahmen mit 50 Millionen. Die Durchführung des Anleiheablösungsgesetzes erfordert noch weitere 44 Millionen, für die Abgeltung von Länderansprüchen sind 56 Millionen eingesetzt. Die sonstigen Ausgaben der einzelnen Ministerien betragen rund 25 Millionen, zu denen die 7 Millionen Phöbus-Zahlungen hinzutreten. Ferner enthält der Gesetzentwurf die formelle Garantie des Reiches für einen Betrag von 225 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn, 12 Millionen Mark Garantie zur Nationalisierung industrieller Betriebe in besonders gefährdeten Grenzgebieten und 3.5 Millionen Garantie zur Beschaffung von Düngemitteln für die von Unwetterschäden betroffenen Gebiete Pommerns. Von den Ausgaben entfallen 526.5 Millionen Mark auf die fortdauernden Ausgaben und 170.5 Millionen Mark auf die einmaligen, von denen jedoch nur 15.5 den Etat belasten, da den einmaligen Mehrausgaben in Höhe von 170 Millionen Mark 155 Millionen Mark Ersparnisse beim Reichsarbeitsministerium gegenüberstehen. Der außerordentliche Etat ist im Nachtrag nicht vertreten.

Die Hilfe für die Landwirtschaft.

Berlin, 23. Febr. Kurz vor Beginn der Tagung der außerordentlichen 78. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates wurde Reichspräsident von Hindenburg durch den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, in den Saal geleitet. Nach kurzer Begrüßung der Reichsminister und der landwirtschaftlichen Führer durch den Reichspräsidenten eröffnete Präsident Brandes die Tagung. Er dankte besonders dem Reichspräsidenten für die erneute Bekundung seines Willens, die deutsche Landwirtschaft als einen Grundpfeiler des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Die Landwirtschaft habe den Willen zur Selbsthilfe bewiesen. Auch von der Reichsregierung seien entscheidende Maßnahmen notwendig, wenn nicht unabsehbares Unglück über das deutsche Volk hereinbrechen solle. Das von der Reichsregierung vorgelegte Notprogramm verspreche für die Landwirtschaft manche Erleichterung. Seine Wirkung dürfe jedoch nicht überschätzt werden. Es könne seiner Natur nach nur über die nächste Zeit hinweghelfen. Ein umfassendes Programm zur Gesundung der deutschen Landwirtschaft und damit der deutschen Wirtschaft könne von einem sterbenden Reichstag nicht mehr erwartet werden. Trotzdem wolle der Landwirtschaftsrat noch einmal die Richtlinien feststellen, die zu einer dauernden Gesundung führen könnten. Reichsminister Schiele führte dann u. a. folgendes aus: Die Grundtatsache, durch die die heutige Lage charakterisiert werde, sei das seit 4 Jahren bestehende Betriebsdefizit von etwa 1.5 Milliarden R.M. Niemand dürfe es deshalb wagen, von einer Schuld der Landwirtschaft an der angehäuften Verschuldung zu sprechen. Die Hauptursachen des starken Betriebsverlustes der letzten Jahre liegen in der Preis- und Marktlage. Bei den zu treffenden Abhilfsmaßnahmen müßte man unterscheiden zwischen den gegenwärtigen Nothilfen und den grundsätzlichen Hilfen. Die erste und dringendste Aufgabe bestehe darin, die deutsche Landwirtschaft, insbesondere die gefährdeten Betriebe, bis zur kommenden Ernte hindurchzubringen. Die Bestellung stehe vor der Tür. Man dürfe im Interesse des gesamten deutschen Volkes nicht mit ansehen, daß aus Pessimismus und aus Verzweiflung oder aus finanzieller Ohnmacht kein Saatgut und kein künstlicher Dünger gekauft werde. Der Minister ging dann im einzelnen auf die im Notprogramm vorgesehenen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft ein und fügte hinzu, die Reichsregierung sei fest entschlossen, diese Maßnahmen so rasch wie möglich in die Tat umzusetzen. Sie werde zu diesem Zweck von dem Reichstag die Ermächtigung erbitten, noch vor Verabschiedung des Haushalts über einen Teil der angeforderten Mittel im Wege des Vorgriffs verfügen zu können. Die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung gehe dahin, daß für die Maßnahmen der deutschen Handelspolitik die Erhaltung der Landwirtschaft ein wesentliches Ziel darstellen. Diesem Ziele sei insbesondere auch bei noch ausstehenden Verträgen mit Polen und anderen Oststaaten Rechnung zu tragen. Das bedeute, daß bei neuen Vertragsabschlüssen der um ihre Existenz ringenden deutschen Landwirtschaft neue Opfer nicht gut zugemutet werden können. Deutschlands zukünftige Wirtschafts- und Handelspolitik müsse ausgehen von dem Prinzip der Erhaltung und Stärkung aller produktiven Kräfte der Nation. Deutschland dürfte nicht durch überflüssigen Import fremder Fertigfabrikate, sei es landwirtschaftlicher oder industrieller Art, unseren einzigen Reichtum, die lebendige tüchtige deutsche Arbeitskraft entwerten und in den verderblichen Zustand der Erwerbslosigkeit versetzen. Die deutsche Landwirtschaft habe eine besonders große und dankbare Aufgabe vor sich im Sinne der großen Nationalpolitik und der echten sozialen Volkspolitik, der schöpferischen Sozialpolitik. Der Minister schloß mit den Worten: „Das aber ist in dieser harten Zeit der Not der kategorische Imperativ: Deutschland muß sich wieder eine eigene agrarische Grundlage schaffen, auf der seine Volkswirtschaft sicher ruhen kann, und das wird auf keinem anderen Wege geschehen können als durch bessere Pflege des deutschen Bauerntums."

Keine Rücktrittsabsichten des Kanzlers.

Berlin, 24. Febr. Im „Jungdeutschen" wird behauptet, daß Reichskanzler Marx die Absicht habe, infolge seiner Erkrankung den Reichspräsidenten um Entlassung aus seinem Amt zu bitten. Vizekanzler Hergt soll dann bis zur Neubildung der Regierung nach den Wahlen die Führung des Kabinetts übernehmen. Wie die „Germania" feststellt, trifft diese Mitteilung nicht zu. Dr. Marx werde vielmehr nach seiner Genesung einen Erholungsurlaub antreten und nach Wiederherstellung seiner Gesundheit die Amtsgeschäfte weiterführen. Die Kabinettsberatungen über das Notprogramm werden heute fortgesetzt werden.

Ausland.

Paris, 24. Febr. Die französischen Kammerwahlen wurden am 22. und der etwa notwendig werdende zweite Wahlgang am 29. April stattfinden.

London, 24. Febr. Die englische Presse Rothermeres und Beaverbrooks setzt ihren Feldzug für den Cavell-Film fort.

Die deutsche Presse in Ost-Oberschlesien stellt die Landtags-Berichterstattung ein.

Kattowitz, 23. Febr. Der „Oberschlesische Kurier", die „Kattowitzer Zeitung" und die „Polonia" sind wiederum wegen der Berichterstattung über die gestrige Sitzung des oberschlesischen Landtags beschlagnahmt worden. Auch diesmal wurde die Beschlagnahme rücksichtslos durchgeführt, um auf jeden Fall die Verbreitung der Reden der Opposition gegen den Wojewoden zu verhindern. Die deutsche Presse in Ostoberschlesien sieht sich daher gezwungen, von der weiteren Berichterstattung über die öffentlichen Sitzungen des Schlesischen Landtags Abstand zu nehmen.

Bethlens Antwort an den Völkerbund.

Budapest, 24. Febr. Das ungarische Telegraphen-Korr.-Büro meldet: Ministerpräsident Graf Bethlen hat gestern abend an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, auf dessen Telegramm in der Angelegenheit von Szent Gotthardt nachstehende Antwort-Depesche gesandt: „Der Inhalt Ihres Telegramms hat die ungarische Regierung überrascht. Auf Grund von Pressenachrichten, die aus amtlicher Quelle herrührten, ist es nämlich bereits seit mehreren Wochen bekannt, daß die kompetenten Behörden im Sinne der bestehenden Vorschriften das in Rede stehende Material unbrauchbar machen und im Wege der Versteigerung verwerten werden, falls der rechtmäßige Eigentümer sich nicht melden sollte. Da die Versteigerung für morgen früh angesetzt worden ist und sie im Beisein der kompetenten Gerichtsbehörden in St. Gotthardt den Bestimmungen des Staatseisenbahnreglements gemäß durchgeführt werden muß, wäre es unter den gegebenen Umständen unmöglich, die Durchführung dieses Verfahrens zu verschieben. Ich gestatte mir weiter, zu bemerken, daß die Vorschriften betreffend die Ausübung des Investigationsrechtes keine Bestimmung für solche Fälle enthalten. Nichtsdestoweniger wird die ungarische Regierung aus Courtoisie gegenüber der Person des derzeitigen Ratspräsidenten nicht versäumen, die Käufer zu ersuchen, die Gegenstände, die sie ankaufen werden, an Ort und Stelle zu belassen."

Die Pariser Presse entrüstet.

Paris, 24. Febr. Die Pariser Presse ist über die negative Antwort der ungarischen Regierung an den Völkerbund im höchsten Grade entrüstet. Es sei dies eine Herausforderung an die Adresse des Bundes, die unter keinen Umständen geduldet werden dürfe. Es handle sich jetzt nicht mehr, schreibt St. Brice im „Journal", darum, eine Investigation gegen Ungarn zu beschließen, jetzt müßten Sanktionen und zwar strengste Sanktionen ergriffen werden. Die Bethlen-Regierung, die sich schon durch manchen Skandal ausgezeichnet habe, habe jetzt nicht nur bewußt die Entwaffnungsbestimmungen verletzt, sie habe es auch darüber hinaus an der notwendigen Achtung gegenüber dem Völkerbund fehlen lassen. Alle Völkerbundsfreunde müßten sich freuen, daß der Skandal so weit gediehen sei, denn jetzt müsse der Völkerbund zeigen, wessen er fähig wäre. Im übrigen verlangt die Pariser Presse, daß nun, nachdem der ungarische Skandal auf die Spitze getrieben worden sei, kein Vertuschungsmanöver mehr gemacht sondern volle Klarheit geschaffen werde. Pertinax im „Echo de Paris" weist darauf hin, daß der Anfangsfehler bei der Kleinen Entente liege, weil diese bei ihrer Klage gegen Ungarn nicht das Dringlichkeitsverfahren beantragt habe. Jetzt, wo die Dinge schon so weit gediehen seien, sei als sicher anzunehmen, daß Ungarn überhaupt straflos ausgehen werde, denn bevor man jetzt auf den Fall selbst praktisch eingehen könne und werde, werde man sich in einen Wust juristischer Streitigkeiten verwickeln, wie weit in einem solchen Falle die Initiativrechte des Völkerbundes gelten könnten.

Der Kaufmann als Pionier des Friedens.

London, 24. Febr. Der deutsche Botschafter Sthamer war gestern Ehrengast auf einem Frühstück des Londoner Commercial-Club im Trocadero-Restaurant. Der Botschafter, der von Gesandtschaftsrat Weynen und Gesandtschaftsrat Ruetel von der deutschen Botschaft begleitet war, hielt nach dem Frühstück einen Vortrag über die Geschichte des Stahlhofs. Der deutsche Botschafter erklärte im Verlaufe seiner Ausführungen: „Wenn meine Anwesenheit dazu beitragen kann, die Sache der gegenseitigen Freundschaft zwischen England und Deutschland zu fördern, so bin ich besonders froh, hier zu sein. Kaufleute sind die Pioniere des Friedens. Handel mit auswärtigen Ländern bedeutet gegenseitigen Verkehr, gegenseitiger Verkehr bedeutet Einvernehmen, und Einvernehmen ist auf Wohlwollen gegründet. Jeder Kaufmann, der nach einem fremden Land geht, hilft bei der Förderung der Versöhnung der Nationen mit." Warmer Beifall begrüßte den deutschen Botschafter, als er zur Erwiderung auf den auf seine Gesundheit ausgebrachten Trinkspruch sich erhob. Der Vortrag des Botschafters machte auf die zahlreichen Teilnehmer einen tiefen Eindruck und erntete reichen Beifall.

Jahrzehntfeier der Roten Armee.

Sowohl Moskau als auch alle anderen Städte der Sowjet-Union haben anläßlich des 10. Jahrestags der Roten Armee, deren erste Abteilungen am 23. Februar 1918 geschaffen wurden, reich beflaggt. Das Festprogramm erstreckt sich über mehrere Tage und sieht Volksfeste und Feiern in Klubs, Fabriken und Kasernen und auf den Dörfern vor. Ferner findet die feierliche Uebergabe neuer Flugzeuge an die Armee statt, die aus öffentlichen Spenden gebaut wurden, darunter des ersten Sanitätsflugzeugs der russischen Armee. Radio, Presse und Kino stehen in diesen Tagen ganz im Zeichen der Arbeiter- und Bauern-Armee, die als festester Schutz des Sowjet-Staates und des sozialdemokratischen Ausbaus gefeiert wird. Der Name Trotzki aber wird am Feiertag der Roten Armee, deren Schaffung sein Hauptverdienst ist, mit keiner Silbe erwähnt weder in Filmen oder Festspielen, noch in Erlassen oder Zeitungsartikeln. Der Orden der Roten Fahne wurde verliehen an Unschlicht, Miljutin und 5 weitere um die Armee verdiente Männer, ferner an Kalinin als Vorsitzenden des Zentral-Exekutivkomitees, an Petrow, den Vorsitzenden des ukrainischen Exekutivkomitees und Rykow, als Vorsitzenden der Volkskommissare, ferner als Symbol an die rote Flotte. In den Festartikeln wird die politische Lage als außerordentlich gespannt dargestellt. Die Rote Armee, die bei friedlicher Politik der Sowjet-Union ausschließlich zur Defensive bestimmt sei, müsse aufs beste und stärkste ausgerüstet sein, da die Imperialisten den Krieg vorbereiten und die Zeit neuer Kämpfe nahe und unvermeidlich ist.

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

Gesetze des Lebens.

Zum Landesbußtag.

Du sollst nicht denken, daß eines Christenmenschen Leben sei ein Stand und ein Ruhm; sondern es ist ein Zug und Gang oder Wandlung von den Sünden zu der Gerechtigkeit, von den

kauf

18 MONATE 18

Möbel!
...afzimmer eich. hell ...
...el m. 3tlg. Spiegelschrank ...
...ettstellen, 2 Nachttische, ...
...schkommode mit Spiegel ...
...h u. weiß. Marmor, ...
Mk., Wohnzimmer 380
..., weiß. Schlafzimmer 280
...m. Rösten, schwarz. Büffet
Mk., groß. schöner Schrank
Mk., Küchenbüffet von
Mk. an, Tische, Stühle
Möbelfabrik ...
...e Pforzheim, Obere ...
...56, beim Wechselsteg.

Grunbach.
...in 3/4 jähriges
Rind
...reiswert
...erkaufen.
Haus 45.

...tische Partei.
...rsammlung
...1928, nachm. 3 Uhr, im
...euenbürg mit
...n a. D. Dr. v. Hieber-
... Lage unter besonderer Be-
... Fragen und
...zur Kandidatenaufstellung
... Wähler in Stadt und
... zahlreichen Besuch bittet
...e Neuenbürg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Lastern zu der Tugend, von der Liebe in die Liebe, von der Tugend in die Tugend. Und welcher nicht immerzu wird in dem Gange sein, den darfst du für keinen Christen achten.

Martin Luther.

Wir dürfen nicht der Reue ausweichen. Sie ist ein Fluß, der unseren Pfad unterbricht. Aber am andern Ufer führt der Weg weiter. Also hinein in die Flut! Nur daß wir nicht stromabwärts treiben, sondern hinüberkommen! Wer der Reue ausweicht und wer in ihr stecken bleibt, der hält seine Seele auf. Wer aber durch sie hindurchgeht, der erfüllt das Gesetz des Lebens.

Chr. Geyer.

Ob bei uns ist der Sünden viel,
bei Gott ist viel mehr Gnade;
sein' Hand zu helfen hat kein Ziel,
wie groß auch sei der Schade.

Luther.

Neuenbürg, 25. Febr. Die Auszahlung der Militärversorgungsgebührnisse (Heeresrenten) findet am Montag, den 27. Februar, statt.

Neuenbürg, 25. Febr. Auf Einladung der Deutsch-demokratischen Partei wird Herrn Staatspräsident a. D. Dr. von Hieber-Stuttgart in einer öffentlichen Versammlung im Gasthaus z. „Bären" hier morgen Sonntag über die politische Lage in Reich und Land sprechen und hierbei insbesondere auch kulturpolitische Fragen wie Reichsschulgesetz, achtes Schuljahr und Konkordat berücksichtigen. Von dem Vortrag ist eine wertvolle Aufklärungsarbeit zu erwarten, und es kann der Besuch angelegentlichst empfohlen werden.

Neuenbürg, 25. Februar. Herr Karl Finkbeiner, Herren- und Damenschneider, hat dieser Tage bei der Handwerkskammer Reutlingen die Meisterprüfung mit der Note Gut bestanden. Wir gratulieren!

(Wetterbericht.) Der Hochdruck im Osten besteht fort. Eine kleine Zwischendepression über der Nordsee bleibt ohne Einfluß. Für Sonntag und Montag ist, obwohl der Barometerstand etwas zurückgeht, immer noch trockenes und vorwiegend heiteres Wetter zu erwarten.

Baden.

Pforzheim, 24. Febr. Ein geachteter und in weiten Kreisen geschätzter Mitbürger unserer Stadt, der Privatmann Herr K. Finkbeiner, ist am Mittwoch abend infolge eines Schlaganfalls aus dem Leben geschieden. Geboren 1862 im nahen Neuenbürg, kam er in jungen Jahren nach Pforzheim, um sich dem Bäckerberuf zu widmen. Nach seinen Gesellen- und Wanderjahren, welche ihn bis nach Nordamerika führten, machte er sich um die Mitte der achtziger Jahre hier selbständig. Er gründete ein Geschäft in der Theaterstraße. Zu Anfang der neunziger Jahre verlegte er dieses nach der Ecke Marktplatz und Metzgerstraße. In späteren Jahren erwarb er die Blickensdörfersche Bäckerei (jetzige Altstadtapotheke), welche er zu hoher Blüte brachte. Nach dem Eingehen dieses Betriebs errichtete er neben dem Pfälzer Hof ein neues Geschäft, welches er vor etwa anderthalb Jahrzehnten an Bäckermeister Gustav Lötterle abgab, worauf er sich ins Privatleben zurückzog. Auch im Bauwesen betätigte sich Herr Finkbeiner wiederholt; einige Bauten an der Metzgerstraße, an der Westlichen Karl-Friedrichstraße und am Schaßgatterweg erstanden dank seinem Unternehmungssinn. Inflation und Währungsverfall brachten auch ihm um den größten Teil seines Vermögens. (Pforzh. Anz.)

Gundelfingen, 22. Febr. Gestern abend brach bei einer Festnachtsveranstaltung die junge Frau des Landwirts Georg Heller beim Tanzen infolge Herzschlages tot zusammen. Sie hinterläßt 6 unmündige Kinder, davon das jüngste ein halbes Jahr alt.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Börse. Die Börse befindet sich zurzeit in einem Uebergangsstadium. Im Reich und in verschiedenen Ländern stehen die Wahlen vor der Türe, deren Ausfall auch wirtschaftlich manche Aenderungen bringen kann. Auf den Schiedsspruch im Metallarbeiterkonflikt, ferner auf den Freigabebeschluß des amerikanischen Senates eröffnete die Börse in dieser Woche in fester Haltung, umso mehr, als der Geldmarkt wieder ziemlich erleichtert war. Bei der amerikanischen Freigabevorlage handelt es sich um die Zurückerstattung von etwa 210 Millionen Dollar oder über 800 Millionen Goldmark. Auch das Ansteigen der Reichseinnahmen im Januar machte einen günstigen Eindruck. Als Mitte der Woche aber die große Passivität der deutschen Außenhandelsbilanz für Januar bekannt wurde, setzte an der Börse ein empfindlicher Rückschlag ein und die Kurse gingen auf fast allen Märkten zurück. Hinzu kam noch die große Enttäuschung, daß die amerikanischen Freigabebeschlüsse nicht zu der erwarteten regeren Anteilnahme des Publikums und auch des Auslandes am deutschen Aktiengeschäft geführt haben. Bei geringen Umsätzen ermäßigte sich das Kursniveau um 1—2 Prozent. Am Montan-Markt bröckelte das Niveau ausnahmslos ab. Auch für Freigabewerte bestand zum Wochenschluß wenig Interesse. Die Rentenwerte waren ebenfalls nachgebend.

Geldmarkt. Nach der ziemlich erheblichen Medio-Anspannung hat der Geldmarkt wieder sein flüssiges Aussehen zurückgewonnen. Für die Technik des Geldmarktes dürfte die etwaige Abschaffung der Medio-Liquidation, über die gegenwärtig wieder verhandelt wird, insofern von Bedeutung sein, als bei einem Wegfall des Mediotermines die Beunruhigung des Marktes um die Monatsmitte vermieden würde. Bisher waren die Großbanken stets Anhänger der Hinwegräumung des Medios im Gegensatz zu den Privatbankiers. Die Vorteile wären neben Spesenverbilligung Entlastung der Liquidationskasse und Verringerung des Arbeitsaufwandes. Der letzte Reichsbankausweis zeigte in Anbetracht der saisonalen Geldmarktslage eine normale Entlastung. Der Wechselbestand der Reichsbank hat um 279 Millionen Mark abgenommen. Für die nächste Zeit erwartet man eine weitere Erleichterung des Geldmarkts infolge des Abschlusses verschiedener Auslandsanleihen und auch infolge Kreditoperationen auf der Basis der Freigabebeträge.

Produktenmarkt. Auf die bessere Haltung der Auslandsproduktenmärkte konnte auch an den deutschen Märkten eine gewisse Erholung Platz greifen und die Preise waren in allen Sorten etwas höher. Zum Teil ist die Preiserhöhung auch eine Folge davon, daß das heimische Angebot in Weizen und Roggen bedeutend geringer geworden ist. An der Stuttgarter Landesproduktenbörse blieben Heu und Stroh mit 6.5 bezw. 4,4 Mark pro Doppelzentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 234 (+ 5), Roggen 239 (+ 4), Sommergerste 275 (+ 3), Hafer 222 (+ 3) Mark je pro Tonne und Mehl 34¾ (+ 1¾) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Großhandelsindexziffer ist gegenüber der Vorwoche mit 138,0 auf 137,7 um 0,2 Prozent zurückgegangen. Die deutschen Zuckermärkte lagen sehr schwach, da vom Ausland keine Anregung kam. In Chemikalien war der Exporthandel etwas belebter geworden. Für Inlandschemikalien blieben bei ruhigem Geschäft die Preise behauptet. Die Eisenpreise gaben in der abgelaufenen Woche erneut nach. Mit Wirkung vom 21. Februar ab hat auch die Süddeutsche Zinkblechhändlervereinigung ihre Preise nochmals um 1 Proz. ermäßigt. Die ungünstige deutsche Außenhandelsindexziffer für Januar, die mit einer Passivität von 508 Mill. Mark gegenüber 204 Mill. im Dezember eine Rekordhöhe erreicht hat, ist ein bedenkliches Zeichen für die Unsicherheit unserer Wirtschaftslage.

Viehmarkt. Die Schlachtviehmärkte hatten in dieser Woche eine etwas eingeschränkte Zufuhr. Großvieh war etwas stärker gefragt und die Preise erhöht. Auch auf den Kälbermärkten war das Geschäft lebhafter und die Preise konnten sich behaupten. Schweine lagen in allen Klassen höher.

Holzmarkt. An den Rundholzmärkten war das Geschäft weiter gut belebt. Bestrebungen seitens der Käufer, die Preise zu drücken, stießen auf erfolgreichen Widerstand seitens der Forst- und Privateigner. Bauholz lag unverändert ruhig.

Neueste Nachrichten.

München, 24. Febr. In der infolge der Haltung des Bayrischen Bauern- und Mittelstandsbundes in der Frage der Beamtenbesoldung eingetretenen Lage schreibt der „Bayerische Kurier", daß Ministerpräsident Held mit seinem Rücktritt gedroht habe, wenn der Bauernbund von seinen Forderungen nicht Abstand nehme.

Schleiz, 24. Febr. Auf der Staatsstraße Schleiz—Hof bei Zollgrün ereignete sich gestern nachmittag an derselben Stelle, wo tags zuvor Frau Dr. Bachmann aus Hof tödlich verunglückte, ein neues Autounglück. Der Wirtschaftsgehilfe Schneider aus Schildbach streifte mit seinem Motorrad beim Ueberholen ein Auto. Hiedurch wurde die auf dem Soziussitz mitfahrende 24 Jahre alte Schwester des Schneider vom Sitz herunter und drei Meter weit auf die Straße geschleudert, wo sie mit einem schweren Schädelbruch in einer Blutlache liegen blieb. Schneider stürzte mit seinem Rade ebenfalls in den Straßengraben. Das Mädchen starb auf dem Transport nach dem Krankenhause. Schneider, dessen Verletzungen nicht sehr schwer sind, ist noch nicht vernehmungsfähig.

Magdeburg, 24. Febr. Wie der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller mitteilt, ist am Freitag vormittag in fast allen Betrieben der mitteldeutschen Metallindustrie die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Berlin, 24. Febr. Heute traten die im Tarifvertrag für die Reichsbahnarbeiter beteiligten Organisationen zusammen, um zu der Frage der Kündigung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages Stellung zu nehmen. Uebereinstimmend wurde, dem „Deutschen" zufolge, die Kündigung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages beschlossen. Der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde von der Kündigung Mitteilung gemacht.

Berlin, 24. Febr. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist gegen den Staatsanwalt Dr. Arthur Flindt von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I in Berlin, nachdem ihm bereits am 20. Febr. ds. Js. die Ausübung der Amtsverrichtungen durch seine vorgesetzte Behörde vorläufig untersagt war, nunmehr durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums die Einleitung eines Disziplinarverfahrens und die förmliche Suspendierung vom Amte verfügt worden.

Berlin, 24. Febr. Die nächste Vollsitzung des Reichstags ist jetzt endgültig auf Montag, den 27. Febr. 5 Uhr nachmittags anberaumt worden. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushaltsplans des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Berlin, 24. Febr. Der zweite Vorsitzende des Landbundes, Hepp, der dem gegenwärtigen Reichstag als Vertreter der Deutschen Volkspartei angehört, wird, wie verlautet, bei den nächsten Wahlen bei der neugegründeten christlichnationalen Bauernpartei als Kandidat aufgestellt werden.

Berlin, 24. Febr. In den heutigen Nachmittagsstunden stattete der Herr Reichspräsident dem Reichskanzler im Reichskanzlerhause einen Krankenbesuch ab. — König Aman-Ullah wurde von der Technischen Hochschule in Charlottenburg die Würde eines Dr. Ing. ehrenhalber verliehen. — Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei ist auf Dienstag den 6. März zu einer Sitzung im Reichstagsgebäude einberufen worden. — Heute nachmittag wurden drei Personen, die an einer Haltestelle einen Autobus besteigen wollten, von einem andern Autobus, der zu dicht an den dort haltenden Wagen auffuhr, zu Boden gerissen und überfahren. Sie wurden in schwer verletztem Zustand in ein Krankenhaus gebracht.

Frankfurt a. O., 24. Febr. Auf der Grube „Hermania" bei Reppen ereignete sich gestern früh ein Schwemmsanddurchbruch, der die Förderstrecke auf 40 Meter zugeschwemmt hat. Zwei Bergleute sind durch das Unglück eingeschlossen, und bis Freitag mittag ist es noch nicht gelungen, an die beiden Verschütteten heranzukommen, obgleich die Gesamtbelegschaft der Grube in drei Schichten für die Bergungsarbeiten eingesetzt worden ist. Der übrige Betrieb ruht.

Hamburg, 24. Febr. Die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft hat die Vertrauensleute der bisherigen Hamburger Koalitionsparteien, also der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, zu Verhandlungen über die Senatsbildung eingeladen, die am 28. Februar beginnen werden.

Stettin, 24. Febr. In der Fememordsache gegen Heines und Genossen ist jetzt die öffentliche Anklage wegen Mordes erhoben worden, gegen Heines, Ottow und Fröbel als Täter, gegen Krüger, Vogt, Bandemer, Bergfeld und Bäe wegen Beihilfe zum Morde an Willi Schmidt. Sämtliche Personen befinden sich in Untersuchungshaft. Die von dem Administrator Bergfeld eingelegte Haftbeschwerde ist zurückgewiesen worden.

Memel, 24. Febr. Acht Fischer, die im südlichen Teile des Kurischen Haffs gefischt hatten, begaben sich gestern auf Schlittschuhen nach Hause. Unterwegs brachen plötzlich sieben Fischer ein, während einer auf dem Eise zurückblieb. Dieser versuchte nun, die andern Leute zu retten. Es gelang ihm auch, fünf Mann aus dem Wasser zu ziehen. Zwei weitere konnten nicht mehr gerettet werden und fanden den Tot in den Fluten.

Fort Smith (Arkansas), 24. Febr. In einem Kohlenbergwerk ereignete sich eine Explosion, durch die 13 Arbeiter getötet wurden. Ueber 100 Arbeiter konnten sich retten.

Tokio, 24. Febr. Nach dem endgültigen Wahlergebnis erhalten die Konservativen 221 Sitze, die Liberalen 214 Sitze. Beide Parteien stehen in Verhandlungen, um die Unterstützung der Unabhängigen zu erreichen.

Die Besoldungsordnung im Finanzausschuß.

Stuttgart, 24. Febr. Der Finanzausschuß des Landtags führte heute nachmittag zunächst in weiteren mehrstündigen Verhandlungen die Erörterung über den Vertragsabschluß zwischen den Juraölschieferwerken und dem Heidelberger Zementsyndikat zu Ende. Der Berichterstatter Dr. Wider (Z.) legte unter Ablehnung des vorliegenden Vertrags Richtlinien für einen neuen Vertragsabschluß vor, von deren Annahme der Abschluß eines neuen Vertrages abhängig gemacht wird. Zu diesen Richtlinien, wie zum Vertrag selbst, stellten sowohl die Abg. Pflüger-Kinkel (Soz.), wie der Abg. Dr. Schall (Dem.) Abänderungs- bzw. Erweiterungsanträge, die teils angenommen, teils abgelehnt wurden. Die Richtlinien des Berichterstatters fanden Annahme. Das Finanzministerium wird die Verhandlungen weiterführen. Der Ausschuß trat sodann in die Beratung der Besoldungsordnung ein. Zum Berichterstatter wurde der Abg. Bock (Ztr.) bestimmt. Der Abg. Winker (Soz.) stellte folgenden Antrag: „Das Staatsministerium zu ersuchen, den Entwurf einer Besoldungsordnung alsbald einer Umarbeitung dahin zu unterziehen, daß an dem Aufbau der bisherigen Besoldungsgruppen grundsätzlich festgehalten und eine ausreichende Erhöhung der Bezüge der Beamten insbesondere der unteren und mittleren Besoldungsgruppen herbeigeführt wird." Seitens des Finanzministers und eines Abgeordneten des Zentrums wurde gegenüber diesem Antrag betont, daß, wenn im Reich, in Preußen und anderen Ländern die neue Besoldungsordnung Geltung habe, Württemberg allein nicht auf der alten Besoldungsordnung stehen bleiben könne. Die Regierung befinde sich in einer Zwangslage. Der Zentrumsredner wies insbesondere auf die Einheitsstaatsbestrebungen der Linken hin und betonte, daß der Antrag Winker mit diesen nicht in Einklang zu bringen sei. Die Annahme des Antrags Winker bedeute, daß vor den Neuwahlen die Besoldungsvorlage überhaupt nicht mehr zustande käme. Ein demokratischer Redner verlangte Auskunft über die Auswirkungen der Besoldungsvorlage auf die Gemeinden. Der Finanzminister erklärte, daß diese Frage erst später richtig beantwortet werden könne. Ein Redner der Rechten wies auf die verhältnismäßig niedrigen Arbeitslöhne hin. Die Beibehaltung der alten Besoldungsordnung führe zum Nichtzustandekommen der Besoldungsregelung. Ein Redner der Volkspartei spricht sich für die Aufnahme der Verhandlungen auf Grund der Vorlage aus. Nachdem der Finanzminister noch über einige Fragen Aufschluß gegeben und 2 Redner des Zentrums und ein Redner der Rechten die Grundlagen des Entwurfs vertreten hatten, warf ein anderer Redner der Rechten die Frage auf, ob nur eine vorläufige oder eine endgültige Regelung geschaffen werden solle. Bei der Abstimmung wurde ein Antrag Brönnle (Komm.), der die Regierungsvorlage ablehnt, abgelehnt; desgleichen der Antrag Winker (Soz.) gegen 4 Stimmen. Morgen Samstag Fortsetzung.

100 000 Mark-Betrug eines Münchener Kaufmanns.

In seiner Wohnung in der Karlstraße in München verhaftete die Polizei den 43jährigen Kaufmann Hans Förster aus Bayreuth, der als angeblich reicher Bergwerksbesitzer eine größere Reihe von Personen durch Darlehensschwindeleien um Bargeld, Schmucksachen usw. im Werte von über 100 000 Mark betrogen hat. Er hat auch einen Verlobungsbetrug begangen und dadurch allein 30 000 Mark herausgeschwindelt. Einige Personen hat er um ihr ganzes Vermögen gebracht. Der Verhaftete hatte in München noch eine zweite Wohnung. Er ist zwar Besitzer einiger seit Jahren stillliegender Bergwerke in Nordbayern und Thüringen, die ihm aber keinen Pfennig Einnahme einbrachten.

Gefängnisstrafe wegen Unterschlagungen im Amte.

Wegen schwerer Unterschlagung wurde der Stadtinspektor H. Haberland in Düsseldorf zu 2½ Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust unter Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Aemter verurteilt. Trotz hartnäckigen Leugnens wurde er überführt, von 1924 bis 1927 durch Manipulationen an der automatischen Buchhaltungskontrollmaschine Beträge von insgesamt 98 000 Mark unterschlagen zu haben. Ein mitangeklagter Stadtinspektor wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen, sein Sohn, Ingenieur Hans Andreß wegen Anstiftung zur Amtsunterschlagung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Während der Verhandlung wurde eine junge Kontoristin wegen dringenden Verdachts des Meineids verhaftet, ebenso Hans Andreß wegen Verdachts der Anstiftung dazu. Der Staatsanwalt hatte gegen Haberland 2 Jahre und 4 Monate Zuchthaus beantragt. Wo das unterschlagene Geld geblieben ist, konnte nicht festgestellt werden.

Der Mädchenmord in Weißenfand.

Plauen, 24. Febr. Das große Jugendgericht verhandelte heute unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen den 14jährigen Webschüler Paul Wolf aus Weißenfand, der die siebenjährige Tochter des Gutsinspektors Roßbach, als er sie auf dem Heimwege von der Schule begleitete, auf Hartmanns grüner Flur ermordet hatte. Wolf hatte einen Ueberfall auf sich selbst erdichtet, um den Verdacht von sich abzulenken. Die Untersuchung ergab, daß er der Täter war und daß ein Sittlichkeitsverbrechen vorlag. Der Angeklagte wurde wegen Notzucht in Tateinheit mit unsittlichen Handlungen an Minderjährigen und wegen Totschlages zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafe ist zu vollstrecken. Der Angeklagte ist der Fürsorgeerziehung zu überweisen. 3 Monate der erlittenen Untersuchungshaft werden angerechnet. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 10 Jahren beantragt.

Aufhebung des Aussperrungsbeschlusses in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Berlin, 24. Febr. Nachdem die Arbeiter in Mitteldeutschland heute die Arbeit wieder aufgenommen haben, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller die beschlossene Gesamtaussperrung aufgehoben.

Reform der Deutschen Reichspost.

Berlin, 24. Febr. Bei der heute abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost, die der Beratung und Feststellung des Nachtragshaushaltes für 1927 und des Haushaltes für 1928 gilt, gab der Reichspostminister eine Darstellung über die Wirtschafts- und Verkehrslage der Reichspost. Der Minister führte u. a. aus: Der Verkehr hat sich im letzten Vierteljahr günstig entwickelt und ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres allgemein gestiegen. Die Postgebührenerhöhung hat weder einen ungünstigen Einfluß auf die allgemeine Preisbildung, noch einen Verkehrsrückgang gebracht. Die Reichspost arbeitet planmäßig an der Reform und Rationalisierung der Verwaltung und des Betriebes. Vom 1. April ab wird durch Erhöhung der Zuständigkeit der Oberpostdirektionen das Reichspostministerium um etwa 115 Köpfe verringert werden. Die vorhandenen 36 Betriebswerkstätten werden auf 5 herabgemindert. Durch Vereinfachung sind im letzten Vierteljahr 700 Kräfte gespart worden. Im Postscheckbetrieb wurde eine Personalersparnis von 30 Prozent erzielt. Die Durchführung der Verkehrsverbesserungen wurde fortgesetzt, die Umgestaltung und Verkraftung des Landpostwesens begonnen.

Vorgehen gegen die Splitterparteien.

Berlin, 24. Febr. Mit dem Wiederzusammentritt des Reichstags wird eine politisch bedeutsame Frage akut, nämlich das Vorgehen gegen die Splitterparteien. Bekanntlich haben darüber im Reichstag schon interfraktionelle Beratungen stattgefunden, die auch erkennen ließen, daß eine Zweidrittelmehrheit für die notwendige Verfassungsänderung gegeben ist. In den Tagen, in denen man nicht gewußt hat, ob der Reichstag sofort aufgelöst werden würde, waren diese Besprechungen unterbrochen worden. Sie werden nun wieder aufgenommen und es ist möglich, daß ein Beschluß dahin zustande kommt, auf den Stimmzetteln nur einen weißen Raum für die Splitterparteien freizulassen, was naturgemäß schon eine erhebliche Erschwerung bedeutet, da jeder Wähler einer Splitterpartei dann den Parteinamen anzeichnen müßte, wobei so manche Splitterstimme durch ungenaue Kenntnis der Vorschriften ungültig würde. Für die Länder aber dürfte es mit solchen Maßnahmen gegen die Splitterparteien bei den gegenwärtigen Wahlen zu spät sein.

Durchstechereien im Gefängnis.

Der Hilfsgefangenenaufseher Max Wertben hatte sich vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Bestechung zu verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er für Gefangene im Untersuchungsgefängnis einen schwunghaften Kassiberverkehr mit der Außenwelt vermittelt habe. Unter seinen Kunden soll sich eine Reihe von Persönlichkeiten befunden haben, die in große Strafverfahren verwickelt waren. Wertben sei von Zelle zu Zelle gegangen und habe sich erboten, den Verkehr mit der Außenwelt zu vermitteln. Als Briefporto habe er durchschnittlich für jeden Kassiber 50 Mark verlangt. Das Schöffengericht verurteilte Wertben zu einem Jahr 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4½ Monaten Untersuchungshaft.

Bis zum letzten Augenblick verschoben.

Berlin, 24. Febr. Auch am Freitag ist es dem Kabinett nicht gelungen, die einzelnen Gesetze des Notprogramms zu verabschieden. Offiziös wird zur Entschuldigung gesagt, daß die Minister nicht hinreichend Zeit gehabt hätten, weil sie abends in die Gala-Oper mußten und daß deswegen das Kabinett überhaupt nicht getagt hätte. Das ist wohl mehr eine Ausrede. Tatsächlich hat mindestens eine Ministerbesprechung stattgefunden, die jedoch, ohne eine Entscheidung zu treffen, auf den Samstag vertagt ist. Die Verabschiedung der Entwürfe und die Feststellung der Regierungserklärung ist also, da am Montag der Reichstag wieder zusammenkommt, wieder einmal bis zum denkbar letzten Augenblick verschoben, woraus sich immerhin gewisse Rückschlüsse ziehen lassen auf die Schwierigkeiten, die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

später bei der parlamentarischen Erledigung sich entgegenstellen werden.

Rücktritt zweier Minister in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 24. Febr. Die vom Landtagspräsidenten Dr. Voth ernannten Mecklenburg-Strelitzschen Staatsminister Dr. Freiherr von Reibnitz und Dr. Heiperts haben mit Rücksicht darauf, daß der Landtag, wenn auch mit geringer Mehrheit, ihnen das Vertrauen versagte, ihren Rücktritt erklärt. Sie sind nunmehr nach den Bestimmungen des Landesgrundgesetzes bis auf weiteres geschäftsführende Minister. Der Landtag ist zum kommenden Montag zu einer neuen Sitzung einberufen worden, in der die politische Lage weiter erörtert werden soll.

Die Versteigerung des Szent Gotthardt-Materials.

Budapest, 24. Febr. Der „Pester Lloyd" erfährt vom Bahnhofskommandanten in Szent Gotthardt, daß heute vormittag die öffentliche Versteigerung der seinerzeit beschlagnahmten und in diesen Tagen für Kriegszwecke unbrauchbar gemachten Maschinengewehrbestandteile unter gerichtsbehördlicher Aufsicht erfolgt ist. Den ganzen Vorrat hat ein dort ansässiger Kaufmann für den Betrag von 1800 Pengö gleich 1350 Mark erstanden. Das ganze Material bleibt jedoch vorerst auf Regierungsverfügung unter behördlicher Aufsicht an Ort und Stelle. Es hat sich keinerlei Zwischenfall ereignet.

Mussolini wird antworten.

Rom, 24. Febr. Eine Gruppe von Abgeordneten hat in der Kammer eine Anfrage eingebracht, in der sie, wie die „Ag. Stefani" mitteilt, den Regierungschef und Außenminister um Mitteilung seiner Auffassung über die „schmähliche Haßkundgebung" ersucht, „die sich im österreichischen Nationalrat abspielte, und über die von verantwortlichen österreichischen Kreisen betriebene unverschämte Lügenkampagne gegen die einfache Anwendung der italienischen Gesetze in der italienischen Provinz Bozen". Es wird gefragt, ob es nicht angebracht sei, in diesen Kundgebungen künftig eine unerträgliche Einmischung eines fremden Staates in die innere italienische Gesetzgebung zu erblicken. Wie die Blätter melden, wird Mussolini bei dem bevorstehenden Parlamentsbeginn diese Anfrage beantworten.

Abberufung des italienischen Gesandten in Wien?

Rom, 24. Febr. (Agentia Stefani.) Eine Sonderausgabe des „Giornale d'Italia" meldet: Heute abend lief das Gerücht um, daß Premierminister Mussolini sich dahin entschlossen habe, den italienischen Gesandten in Wien abzuberufen. Das Blatt fügt hinzu: Wir glauben, daß das italienische Volk mit Genugtuung diese würdige Antwort auf eine Politik aufnehmen würde, die zeigt, daß sie auf die freundschaftliche Haltung keine Rücksicht nimmt, die Italien bisher gegenüber Oesterreich beobachtet hat. (Wenn Italien in der Unterdrückung alles dessen, was Deutsch heißt, eine freundschaftliche Haltung erblickt, so hat es einen recht eigenartigen Begriff von Freundschaft. Schriftleitung.)

Bedeutsames Eingeständnis.

Paris, 24. Febr. Gleichzeitig mit Edith Cavell war eine gewisse Ada Bodart 1915 in Brüssel von dem deutschen Kriegsgericht zum Tode verurteilt, aber begnadigt worden, weil sie 2 Kinder hatte. Diese Person hält es für notwendig, sich jetzt zum Wort zu melden. Sie erzählt im „Intransigeant" eine lange Geschichte von ihrem Treiben während des Krieges und behauptet, daß sie mit Edith Cavell und mit einem, ebenfalls zum Tode verurteilten und auch hingerichteten Belgier Baug nahezu 2000 französische, englische oder belgische Soldaten nach Holland gebracht habe. Mit diesem Bekenntnis ist das deutsche Kriegsgerichtsurteil vollkommen gerechtfertigt, denn in Kriegszeiten hat niemand das Recht, Soldaten über die Grenze zu schmuggeln. Frau Bodart behauptet dann noch, daß das belgische Ministerium die Erlaubnis gegeben habe, die Gefängniszelle, in der Edith Cavell sich befunden hatte, photographisch aufzunehmen, um sie in dem Film „Dawn" zu zeigen.

Neue Verhaftungen im Elsaß.

Paris, 24. Febr. Wie dem „Temps" aus Mülhausen berichtet wird, sind auf Anordnung des mit der Untersuchung der Autonomisten-Angelegenheit beauftragten Untersuchungsrichters in Mülhausen der Redakteur des Haegyschen „Elsässer Courier" und des „Echo de Mulhouse", Martel Styrmel, und der Landmesser Fritz Schweitzer in ihrer Wohnung verhaftet worden.

Grobe Ausfälle gegen Deutschland.

Reval, 24. Febr. Zur heutigen Zehnjahresfeier der Selbständigkeit Estlands wurde von der Staatsversammlung ein Manifest an die Bevölkerung gerichtet, das grobe Ausfälle gegen Deutschland enthält und von der Revaler deutschen Gesandtschaft als eine offene Unfreundlichkeit gegen Deutschland aufgefaßt wird. Der deutsche Gesandte ist deshalb den Feierlichkeiten ferngeblieben. Man rechnet mit diplomatischen Schritten. Loennissor bezeichnete heute in einer Festrede nicht nur Lettland, sondern auch Polen als Verbündeten Estlands. Diese Aeußerungen des Staatsältesten verdienen große Beachtung, da hier zum erstenmal von einem Bündnis zwischen Estland und Polen gesprochen wird.

Ordensregen bei der Moskauer Jubelfeier.

Moskau, 24. Febr. Bei der Armee-Jubelfeier, die am Sonntag mit einer Parade der Moskauer Garnison und der halb militärisch organisierten Arbeiterjugend abschließt, fand die Einweihung des Hauses der Roten Armee, genannt Frunse-Haus, in Moskau statt, das neben Universitätsräumen und Bibliotheken für die Ausbildung der Kommandeure zahlreiche Spiel-, Erholungs- und Vortragsräume enthält, um als zentraler Klub für die gesamte Moskauer Garnison zu dienen. Der Ordensregen zu den Jubeltagen ist noch reichlich fortgesetzt worden. Unter anderem erhielt der Komsomolzen-Verband in Anerkennung der im Bürgerkrieg gebrachten Opfer und angesichts seiner Mitwirkung an der Stärkung der Kampfkraft der Armee den Orden der Roten Fahne. Insgesamt erhielten diesen Orden rund tausend Einzelpersonen. Den Orden der Roten Arbeitsfahne erhielten 15. Der Titel „Held der Arbeit" wurde zehnmal verliehen. Außerdem wurden einige tausend Leute mit Pensionen oder einmaligen Geldbeihengaben bedacht, abgesehen von großen, mehrere Millionen betragenden Stiftungen, die für Besserung des Invalidenfonds, für Wohnverhältnisse, Altersfonds, wirtschaftliche Beihilfe, freien Unterricht und Stipendien für Kinder von Angehörigen der Roten Armee gemacht wurden.

Raubüberfälle in Nordamerika.

Kansas, 24. Febr. An dem Ueberfall auf eine Bank in der City von Kansas waren 10 Räuber beteiligt, die mit 2 kleinen Maschinengewehren, mehreren Gewehren und Pistolen bewaffnet waren. Trotzdem sie beständig feuerten, ist niemand verwundet worden. Beim Eindringen in die Bank feuerte einer der Banditen auf den Bankpräsidenten. Die Räuber zwangen die 50 Angestellten und die anwesenden Kunden, sich auf die Erde zu legen; sie schossen jedesmal, wenn sich jemand von den Ueberfallenen rührte. Der Ueberfall vollzog sich so rasch, daß die Bankbeamten von ihren Waffen und den Alarmvorrichtungen keinen Gebrauch machen konnten. Die Räuber ließen sich durch Kassengehilfen Geldkästen aus dem Verschlag des Kassierers herauswerfen und drangen dann selbst in den Verschlag ein, wo sie noch weitere Beute zusammenrafften.

St. Louis, 24. Febr. 4 Banditen, die sich während der Nacht in den Räumen der Wellston Trust Company verborgen gehalten hatten, zwangen heute früh die Angestellten, die Geldschränke zu öffnen und entkamen mit 30 000 Dollar Beute.

Fernsprechverkehr Deutschland–Amerika. Michel: „Wie? Den Weltfrieden haben Sie vermittelt?" Onkel Sam: „No, no, ich wollte erinnern an die fällige Reparationszahlung!"

Beitragsfreiheit

in der Arbeitslosenversicherung.

Der Herr Reichsarbeitsminister hat seine Verordnung, wonach die Anzeigen über Inanspruchnahme der

Versicherungsfreiheit in der Arbeitslosen-Versicherung

bis zum 29. Februar 1928 bei der zuständigen Krankenkasse zu erneuern sind, **wieder aufgehoben.** Wenn die gesetzlichen Voraussetzungen noch unverändert fortbestehen, wird Befreiung von der Beitragspflicht auf Grund der bereits vorliegenden Anzeige gewährt. Erneuerungsanzeigen können unterbleiben.

Neuenbürg, den 25. Februar 1928.

Bezirksarbeitsamt.

Aufforderung zum Eintritt in die Freiwill. Feuerwehr.

Neuanmeldungen für das am 1. April beginnende Rechnungsjahr können in der Zeit **bis zum 5. März ds. Js.** im Rathauswartezimmer und außerdem beim Feuerwehrkommandanten und -Adjutanten gemacht werden.

Birkenfeld, 24. Februar 1928.

Schultheißenamt: Fazler.

Brennholz-Verkauf.

Am kommenden **Montag den 27. ds. Mts., abends 7 Uhr,** kommen auf dem Rathaus im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

Aus Abt. V 17 **Leigfelwäldle:**
33 Rm. Nadelholz.
Aus Abt. I 7 **Rauhgrund:**
ca. 7 Lose Schlagraum in Flächenlosen.

Birkenfeld, den 24. Februar 1928.

Gemeindepfleger Bolay.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Montag den 27. Februar 1928,** nachmittags 3 Uhr, kommen in **Birkenfeld** öffentlich gegen Barzahlung zum Verkauf:

Ein doppeltüriger Kleiderschrank, ein dreitüriger Kleiderschrank mit Spiegeleinsatz.

Zusammenkunft am Rathaus in Birkenfeld.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Montag den 27. Februar 1928,** nachmittags 3 Uhr, verkaufe ich in **Birkenfeld** öffentlich gegen Barzahlung:

Ein Büffet.

Zusammenkunft am Rathaus in Birkenfeld.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Frauenarbeitsschule Wildbad.

Beginn des neuen Kurses am 16. April 1928.
Anmeldungen bis **1. März, täglich von 3—4 Uhr nachmittags.**

Die Schulleitung.

Langenbrand.

Am **Montag den 27. Februar** findet hier

Viehmarkt

statt. Käufer und Verkäufer werden zum Marktbesuch eingeladen.

Den 24. Februar 1928.

Schultheißenamt.

Schömberg, OA. Neuenbürg.

Holz-Verkauf.

Die hiesige Gemeinde bringt am **Montag den 27. Februar,** nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathaus aus Abt. Stahlacker bei der Kuranlage im **öffentlichen Aufstreich** losweise zum Verkauf:

		IV.	V.	VI. Kl.
Stammholz:	Fm.:	2,45	23,78	8,69

		Sonderkl.	I.	II.	III. Kl.
Bau-Stangen:	St.:	13	38	17	9

Schultheißenamt:
Hermann.

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde **Langensteinbach** versteigert am **Donnerstag den 1. März 1928** aus ihrem Gemeindewald folgendes Stammholz:

Eichen: 2 II., 5 III., 9 IV., 49 V., 19 VI. Klasse,
Buchen: 6 I., 10 II., 38 III., 52 IV., 2 V. Kl.,
Birken: 1 IV., 3 V. Klasse,
Hainbuchen: 2 III., 1 IV., 3 V. Klasse,
Erlen: 1 V. Klasse,
Fichten: 2 I., 2 II., 2 III., 7 IV., 35 V., 30 VI. Kl.,
Forlen: 23 I., 24 II., 49 III., 21 IV., 14 V. Kl.,
Lärchen: 2 III., 1 V., 1 VI. Klasse.

Zusammenkunft **vormittags 9 Uhr** beim Rathaus.

Langensteinbach, den 24. Februar 1928.

Gemeinderat.

Deutsche demokratische Partei.

Oeffentliche Versammlung

Sonntag den 26. Februar 1928, nachm. 3 Uhr, im **Gasthof z. „Bären"** in **Neuenbürg** mit

Vortrag des Hrn. Staatspräsidenten a. D. **Dr. v. Hieber-Stuttgart** über die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung kulturpolitischer Fragen und

Bericht über die Stellungnahme zur Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl.

Hiezu ergeht Einladung an die Wähler in **Stadt und Land** einschließlich Frauen. Um zahlreichen Besuch bittet

Ortsgruppe Neuenbürg.

Krieger- und Militär-Verein

Birkenfeld.

Zu dem am **Sonntag den 26. Februar, abends 8 Uhr,** im Gasthaus zum **„Löwen"** stattfindenden

Wilhelm Busch-Abend,

Erinnerung an den verstorb. Meister deutschen Humors in Wort und Bild, Lichtbildervortrag von Herrn Photograph Stadelmann, Birkenfeld,

laden wir hiermit freundlichst ein.

Am **Samstag den 25. Februar, abends 7 Uhr,** findet ein **Vortrag für die Kinder** statt.

Eintrittspreis für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 40 Pfennig.

Die Verwaltung.

Gewerbe-Verein Birkenfeld.

Am **Montag den 27. ds. Mts., abends** ½8 **Uhr,** findet im **Gasthaus z. „Löwen"** in **Birkenfeld** unsere

jährliche General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Vortrag von Direktor Schmidt vom Gemeindeverband Teinach über Elektrizitätsfragen,
2. Geschäftsbericht,
3. Kassenbericht,
4. Neuwahlen,
5. Anträge und Beschwerden,

wozu wir unsere Mitglieder höfl. einladen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung sind auch Nichtmitglieder eingeladen. Es ist zu einer Aussprache und Erhebung etwaiger Beschwerden Gelegenheit geboten.

Der Vorstand.

Birkenfeld, den 24. Februar 1928.

Todes-Anzeige.

Unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Barbara Oelschläger

ist im Alter von 56 Jahren nach langem, schweren Leiden heute vormittag ½12 Uhr sanft entschlafen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonntag nachmittag 3¼ Uhr.

Neuenbürg.

OTTO GAUM

Staatlich geprüfter Dentist
Mühlstraße 123
Sprechstunden von 9—1 und 2–6 Uhr. Telefon 107
Behandlung sämtlicher Kassenmitglieder

Arnbach.

Vergebung von Straßenbauarbeiten.

Im Auftrag der Gemeinde Arnbach habe ich die Straßenbauarbeiten zur Erbreiterung des Feldwegs Nr. 2/1 (Bachtelersweg) in Akkord zu vergeben.

Die erforderlichen Unterlagen liegen Montag und Dienstag vorm. 9—12 Uhr auf dem Rathaus in Arnbach zur gefl. Einsichtnahme auf.

Die Offerten wollen bis **Freitag den 2. März,** abends 6 Uhr, auf dem Rathaus in Arnbach abgegeben werden.

Der Gemeinderat behält sich die Auswahl unter den Bewerbern vor.

Neuenbürg, den 25. Februar 1928.

Ludwig Rest, Architekt.

Schömberg.

Zum Neubau des Herrn **Metzgermeisters Haug** in Schömberg habe ich die

Glaser-Arbeiten

in Akkord zu vergeben. Die Unterlagen liegen am kommenden Dienstag und Mittwoch auf meinem Büro zur gefl. Einsichtnahme auf. Die Offerten wollen bis **Samstag den 3. März,** abends 6 Uhr, bei Herrn Haug in Schömberg oder auf meinem Büro abgegeben werden.

Neuenbürg, den 25. Februar 1928.

Ludwig Rest, Architekt.

Neuenbürg.
Leerer, verschließbarer

Raum

zum Einstellen von Hausrat **gesucht.**

Offerten unter Nr. 743 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Neuenbürg.

Holzkaufzettel,

neues Formular,

vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhandlung.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die schönsten

Ullstein Schnittmuster Modelle

bringen die neuen

Ullstein Mode-Alben

für Frühjahr u. Sommer

Wie immer und es drei: ein Damenalbum für 1.35 M., ein Kinderalbum für 95 Pfg., und das „große", das beide vereinigt, für 1.85 M. Holen Sie, was Sie gebrauchen, am Schnittmusterstand bei

WRONKER, Pforzheim

K. B. V.

Bezirks-Konsumverein

Neuenbürg-Württ.
E. G. m. b. H.

Neueröffnung!

Vielseitigen Wünschen unserer Mitglieder in **Birkenfeld** entsprechend, werden wir in dem Hause des Hrn. **Wilhelm Vollmer, Birkenfeld, Dietlinger Straße 60,** eine

zweite Verkaufsstelle eröffnen.

Es wird unser Bestreben sein, auch die dort wohnhaften Mitglieder aufs beste und billigste zu bedienen und wir bitten, von dieser Neueinrichtung recht regen Gebrauch machen zu wollen.

Die Verwaltung.

NB.: Neuaufnahmen kostenlos!

Turn-Verein Birkenfeld.

Am **Samstag den 3. März 1928,** abends 8 Uhr, hält der hiesige Turnverein seine

jährliche Generalversammlung

im Lokal zum **„Schwarzwaldrand"** ab; Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist im Interesse der Tagesordnung Pflicht.

Tages-Ordnung:

1. Tätigkeitsbericht des Gesamtvorstandes. 2. Neuwahlen. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.

Anträge sind spätestens bis Mittwoch den 29. Februar 1928 an den Vorstand, Ernst Vollmer, einzureichen.

Die Verwaltung.

Verlangen Sie überall

Waschlotz,

wo nicht erhältlich, wende man sich an unseren Vertreter

Emil Bäzner, Birkenfeld.

Forstamt Neuenbürg.

Reisig-Verkauf

am **Mittwoch den 29. Febr. 1928,** nachmittags 3 Uhr, am Dreimarkstein: aus Neubronnen, Bergwald, Brennten-wäldle, Dickerbusch, Büchert, Sandplatte, Viereichen, Tor, Hagelwald, Fuchsloch, Schlößle, Gäßberg, Windloch, Hohriß, Tröstbachhalde, Schwabstich, Lindenberg, Dachsbau, Bügel, Mausturm, Erdfall und Salmisgrund ca. 74 Flächenlose.

Stadtpflege Neuenbürg.

Mahnung.

Der Termin zur Zahlung der am 30. Januar 1928 angeforderten Ausstände geht am **29. Februar 1928 zu Ende.** Sämtliche in Betracht kommenden Schuldner werden nochmals daran erinnert.

Die Rückstände werden, wenn Zahlung nicht geleistet oder um Stundung nicht nachgesucht wird, zwangsweise eingezogen.

Stadtpfleger Essich.

Deutsche Feuerbestattungskasse

„Flamme"

V. V. a. G.

Geschäftsstelle Pforzheim,
Gymnasium-Straße 91,
Telefon 3431.

Am **Sonntag den 26. Februar 1928,** abends 7.30 Uhr, findet im Saale zur **„Aussicht"** ein

öffentlicher Vortrag

mit Lichtbildern

statt. Thema:

„Die Vorzüge der Feuerbestattung".

Redner: Herr **Karl Becker, Pforzheim,** Inhaber der Zahlstelle 209, Pforzheim.

Hierzu laden wir eine verehrliche Einwohnerschaft von Birkenfeld und Umgebung freundlichst ein.

Eintritt frei!

Neuenbürg.

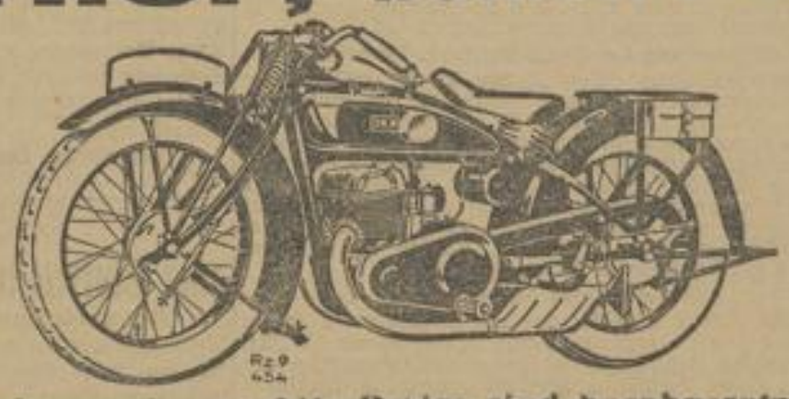
Ein

Gartenhäuschen,

auch für Bienenstand geeignet, wird billig abgegeben.

Aug. Bleyer.

Hier, wählen Sie!



Ueberraschung: Alle Preise sind herabgesetzt!

In der Zwischenzeit sind wir mit unzähligen Anfragen bestürmt worden. Den noch Zögernden wollen wir heute unsere Modelle vorstellen:

Motor und Sport

DKW-Einzylindermodell „E 206"

Dieses ist das Modell, das **DKW** eigentlich erst berühmt gemacht hat. Ueber 45000 Stück haben sich bereits glänzend bewährt. Mit einem Zylinder von 206 ccm leistet es 4 Brems-PS, ist also stark genug, um alle Steigungen zu nehmen und am Wochenende eine Sozia zu befördern. Es besitzt Zweigangblockgetriebe und Riemenantrieb, ist also hinsichtlich Wartung unser anspruchslosester Typ. Es ist so richtig das Motorrad für jeden Tag, für alle Zwecke, um das man sich wenig zu kümmern braucht, das immer fahrbereit ist, wenn man es benötigt; der treueste Kamerad im Beruf, zugleich auch die geeignetste Maschine für die Dame. Auf Wunsch auch steuer- und führerscheinfrei. Ab 15. 2. 28

Kassapreis ab Werk Rm. 725.—.

DKW-Einzylinder-Modell „E 250"

Demjenigen, der sein Motorrad überwiegend im Gebirge mit Sozius fahren will und eine Mehrausgabe nicht zu scheuen braucht, empfehlen wir diesen Typ, welcher mit einem Zylinderinhalt von 250 ccm ca. 6 Brems-PS leistet und überdies Dreiganggetriebe mit Kette/Kette und Steuerungsdämpfer besitzt. Ab 15.2.28

Kassapreis ab Werk RM. 850.—

Modell „Z 500"

gemäß Kopfbild aber ist mit seinem 100 km Tempo und seinem 12 PS Motor die ideale Maschine für den Sportsmann und für große Ueberlandreisen mit Seitenwagen. Dieses Modell stellt die modernste und zweckmäßigste Motorradkonstruktion dar. Es besitzt Zweizylinderblockmotor, automatische Unterdrucksölung, Staubfilter am Vergaser, Dreiganggetriebe mit Kette, Stoß- und Steuerungsdämpfer, austauschbares Vorder- und Hinterrad usw. Ab 15. 2. 28

Kassapreis ab Werk RM. 1220.—,
mit Steckachse RM. 1250.—.

Nächste Woche geben wir Ihnen in dieser Zeitung unsere **wesentlich ermässigten Ratenbedingungen** bekannt.

Zschopauer Motorenwerke
J. S. Rasmussen A.-G. Zschopau Sa.

Vertretung:

Birkenfeld: Otto Wessinger,
Kraftfahrzeuge und Reparaturwerkstätte.

Calmbach: Albert Kallfass,
Kraftfahrzeuge. Abnahme von Vorprüfung Telefon 170.

Höfen: Wilhelm Mettler
Kraftfahrzeuge und Reparaturwerkstätte.

DKW

Trefzger MÖBEL

sind Erzeugnisse von hochwertiger Qualität, erlesenem Geschmack und dennoch außerordentlich

billig

Lieferung direkt an Private

AUSSTELLUNGEN:

Pforzheim, Schloßberg 19

Karlsruhe Mannheim Pforzheim
Freiburg Konstanz Rastatt
Frankfurt a. M. Stuttgart

Süddeutsche Möbel-Industrie
G. m. b. H. TREFZGER, G.M.B.H., RASTATT

Neuenbürg.

Felle

von Hasen und Kanin, Ziegen, Maulwürfe, Edelfelle und sonst. rohe Felle kauft zu den höchsten Tagespreisen

B. Kokot, Siedlung.

Gesucht wird ein fleißiges

Mädchen

auf 15. März in ein Geschäftshaus (Bäckerei).

Fr. Girrbach, Pforzheim,
Hohenzollernstraße. 33.

Ordentliches, sauberes

Küchen- und Hausmädchen

auf 1. März gesucht in Jahresstelle. Gehalt 40 Mark.

Gefl. Offerten an

Museums Restaurant, Pforzheim,

Visiten-Karten

liefert rasch und billig

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Fr. Schilling, Neuenbürg a. E.
Contrafersen.

Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag den 26. Februar,
Landesbußtag.

8/4 10 Uhr Beichte.
10 Uhr Predigt (Hebr. 12, 12—15; Lied Nr. 418):
Dekan Dr. Megerlin.

Kirchenchor: „Wohin soll ich mich wenden" von Schubert.

Das Opfer ist vormittags und nachmittags für die evangelische Studienhilfe bestimmt.

Anschließend an den Vormittagsgottesdienst Feier des hl. Abendmahls.

5 Uhr Predigt Sadtvikar Zeller.

Mittwoch, abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus.

In Waldrennach ist am Sonntag um 1/2 10 Uhr Gottesdienst und am Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg.

Am Sonntag den 26. Februar.
(1. Fastensonntag.)

9 Uhr Predigt und Amt.
1/2 2 Uhr Christenlehre und Fasten-Andacht.